

Danziger Erklärung 2016

Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaften am 2. Oktober 2016 im beeindruckenden Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig haben die anwesenden Mitgliedsgesellschaften und Einzelmitglieder die Resolution „Gute Nachbarschaft für ein einiges und starkes Europa“ verabschiedet.

Gute Nachbarschaft für ein einiges und starkes Europa

Vor dem Hintergrund der unfassbaren Verbrechen, die von Deutschen während der NS Zeit an Polen verübt wurden, empfinden wir eine große Dankbarkeit für die außerordentlich positive Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten 25 Jahren.

Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern in Polen und Deutschland, die sich seit Jahrzehnten auf beiden Seiten von Oder und Neiße für die Freundschaft und die Versöhnung zwischen unseren beiden Nationen mit großem Engagement und viel Empathie engagieren, sind der Motor für diese Erfolgsgeschichte der deutsch-polnischen Nachbarschaft!

Als Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften sehen wir deshalb die derzeitige Stagnation der deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene mit großer Sorge.

Auf unserer heutigen Mitgliederversammlung in unmittelbarer Nähe zur früheren Danziger Lenin-Werft wollen wir noch einmal den Hunderttausenden Polinnen und Polen danken, die für ihre und unsere Freiheit gekämpft haben.

Die Solidarność hat mit großem Mut für die Freiheit gekämpft. Polen und Deutschland sind heute demokratische und freie Gesellschaften. Freiheit und Demokratie können aber nur in einem Klima der Offenheit, Toleranz und der Fairness der Mehrheit gegenüber der Minderheit gedeihen. In diesem Sinne stehen wir an der Seite der Menschen in Polen und Deutschland, die sich für Demokratie, Toleranz und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit einsetzen.

Aus diesem Grund begrüßen wir die Erklärung der „Kopernikus Gruppe“ vom 21.06.2016 mit dem Titel „Deutsch-polnische Partnerschaft – ein Schatz, den es zu bewahren und zu mehren gilt“ und unterstützen deren Inhalt ausdrücklich.

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist das A und O guter Nachbarschaft.“ Diesen Willen zur Gemeinsamkeit fordern wir als der Dachverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften von den politisch Verantwortlichen ein. Ein starkes Europa kann es nur geben, wenn Polen und Deutschland einander vertrauen und füreinander eintreten.

www.dpg-bundesverband.de

Erklärung der Kopernikus-Gruppe

Der deutsch-polnische Gesprächskreis Kopernikus-Gruppe hat sich kurz vor dem 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Partnerschaftsvertrags zu seiner dreiunddreißigsten Sitzung in Berlin getroffen. Das vorliegende Arbeitspapier fasst die gemeinsamen Überlegungen der Teilnehmer zum Thema der Sitzung „Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen unter der PiS-Regierung am Vortag des 25-jährigen Jubiläums der deutsch-polnischen Partnerschaft“ zusammen.

Prof. Dr. Dieter Bingen, Darmstadt
Dr. Kazimierz Wóycicki, Warschau

21. Juni 2016

Arbeitspapier 27

Deutsch-polnische Partnerschaft – ein Schatz, den es zu bewahren und zu mehrern gilt

Grundthesen:

Nach 25 Jahren guter Nachbarschaft und fortschreitender Integration sind die polnischen und die deutschen Interessen untrennbar miteinander verwoben.

Die neue PiS-Regierung stellt die Vorteile in der Bilanz dieser 25 Jahre jedoch in Frage.

Daraus resultiert eine erhebliche Distanz zu Deutschland.

Die Dichte und Tiefe der Partnerschaft werden zwangsläufig leiden, wenn die beiden Regierungen in der neuen Phase nicht zu gemeinsamem Handeln fähig bleiben.

Ungeachtet der gesellschaftspolitischen Differenzen müssen Warschau und Berlin sich jetzt auf die verbliebenen gemeinsamen Interessen und Ziele konzentrieren.

2016 gilt noch genauso wie 1991: Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist das A und O guter Nachbarschaft.

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den zurückliegenden 25 Jahren ist ein Glücksfall der Geschichte. Sie ist ein Wert an und für sich, den es auch in Zeiten tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zu bewahren gilt. Erstmals verfolgen Deutschland und Polen ihre nationale Interessenpolitik in einem gemeinsamen Rahmen, der durch die Europäische Union und die transatlantische Ausrichtung gesetzt ist. Sie lassen sich dabei von gemeinsamen Grundwerten leiten. Sie erkennen das Axiom der bilateralen Verständigung und der europäischen Integration als Voraussetzung für gesicherten Frieden in Europa an. Dies schloss und schließt Dissens und erhebliche Wahrnehmungsunterschiede in unterschiedlichen Politikfeldern (Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik u. a.) nicht aus. Das ist freilich auch in den Beziehungen zwischen befreundeten Staaten selbstverständlich. Davon zu unterscheiden ist ein Verständnis der Innen- und Außenpolitik, das grundsätzlich von Antagonismus und Polarisierung geprägt ist.

Diese Nachbarschaft profitiert von Erfahrungen mit der Integration in Westeuropa. Ohne den deutsch-französischen Ausgleich hätte die westeuropäische Integrationspolitik keinen Erfolg gehabt. In vergleichbarer Weise war die Westintegration Polens und der anderen ostmitteleuropäischen Demokratien von Anfang an von der Annäherung zwischen Polen und

Deutschen abhängig und wäre ohne sie gescheitert. Die sogenannte „Rückkehr nach Europa“ konnte nur über und mit Deutschland als Hauptverbündetem erfolgen.

Vor sechs Jahrzehnten hatte Frankreich den Türöffner für die junge Bonner Republik gespielt. In vielen Politikbereichen bietet sich der Vergleich zwischen den deutsch-französischen und den deutsch-polnischen Beziehungen direkt an – obwohl zugleich richtig ist: Die Ausgangsbedingungen für den Aufbau von politischen und gesellschaftlichen Beziehungen im deutsch-polnischen Verhältnis unterscheiden sich stark von denen im deutsch-französischen Verhältnis. Allerdings sollte man die Asymmetrie im deutsch-polnischen Verhältnis, die oft wie ein Mantra beschworen wird, nur sehr zurückhaltend ins Feld führen. Denn auch die Beziehungen zwischen Paris und Bonn waren bis zum Ende der alten Bundesrepublik politisch und völkerrechtlich asymmetrisch (Viermächteverantwortung hier, Status minderer Souveränität da). Dennoch zog die alte Bundesrepublik viel Nutzen aus der Partnerschaft. Die deutsch-polnische Partnerschaft kann von diesem Vergleich lernen und profitieren. Er sollte dazu dienen, der trilateralen deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit in der EU einen neuen Impuls zu geben. Das Weimarer Dreieck feiert im August ebenfalls sein 25-jähriges Jubiläum. Ohne enge politische Zusammenarbeit zwischen Paris, Berlin und Warschau kann die Zukunft der EU nicht stabilisiert werden.

Seit dem Regierungswechsel zur PiS werden viele Vorteile in der Bilanz der 25-jährigen deutsch-polnischen Partnerschaft in Zweifel gezogen. Die Skepsis gegenüber dem Modell der liberalen Demokratie, dem westeuropäischen Kultur- und Zivilisationsmodell, dem 1990 eingeschlagenen ökonomischen Entwicklungspfad und gegenüber der politischen Integration mit den westeuropäischen Demokratien war in (national)konservativen Intellektuellenzirkeln bereits früher formuliert worden. Nun sind diese Zweifel zum Regierungsprogramm geworden. Die PiS nennt die Neuorientierung einen „guten Wandel“. Doch daraus resultiert eine erhebliche Distanz zu Deutschland. Bisweilen wird der westliche Nachbar in Polen sogar als Gefahr für die europäisch-christliche Zivilisation beschrieben und gilt nicht mehr als ein erfolgreiches Beispiel einer offenen Gesellschaft.

Andererseits nennt auch die neue polnische Regierung Deutschland ihren wichtigsten wirtschaftlichen Partner und ist sich bewusst, dass sie eine intensive Zusammenarbeit auf vielen Gebieten anstreben muss (Wirtschaft und Finanzen, Infrastruktur und Verkehr, Energie, Wissenschaft und Forschung, Verteidigungspolitik, Russland und die Ukraine u.a). Ohne Deutschland geht es nicht – und das ist gut so: für Polen und für Deutschland. Die polnischen und die deutschen Interessen sind untrennbar miteinander verwoben. Deshalb wird das bisher erreichte Niveau der Dichte und Tiefe der deutsch-polnischen Beziehungen zwangsläufig leiden, wenn die beiden Regierungen in der neuen Phase, die die PiS eingeläutet hat, nicht zu gemeinsamem Handeln fähig bleiben. Wir empfehlen, dass beide Regierungen – und beide Gesellschaften - den Jahrestag des Nachbarschaftsvertrags und die anstehenden Regierungskonsultationen nutzen, um ihre gemeinsamen Interessen im bilateralen wie im internationalen Bereich zu definieren. Sie können die Gemeinsame Erklärung der Regierungen vom 21. Juni 2011 und das mehr als 90 Punkte umfassende „Programm der Zusammenarbeit“ als roadmap nehmen, ihre Inhalte kritisch gegenbürsten und neue Felder der Zusammenarbeit ergänzen. Nicht alles, was im bilateralen Bereich unerledigt geblieben ist, können sie an die EU abgeben. Vielmehr kann das bilaterale Programm dazu dienen, den europäischen Gedanken zu fördern und zur institutionellen Infrastruktur der Union beizutragen.

Eine Grundbedingung ist 2016 ist ebenso aktuell wie 1991: Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist das A und O einer aussichtsreichen deutsch-polnischen Partnerschaft und

guten Nachbarschaft. Eine Gefahr liegt darin, dass Polen tatsächliche Interessenunterschiede in wichtigen Politikfeldern zum Anlass nimmt, in der Partnerschaft nicht mehr einen Wert an und für sich zu erkennen.

Deutsche und Polen brauchen schon aus Eigeninteresse eine EU, die Zukunft hat. Es ist eine Illusion, dass Polen oder Deutschland das Ziel der europäischen Integration aufgeben können, ohne Schaden zu nehmen. Das Ideal eines völlig souveränen Nationalstaats, dem manche politische Kräfte in Polen anhängen, ist im Zeitalter der Globalisierung realitätsfremd.

Es gibt gewiss Alternativen zu einem integrierten Europa, aber es gibt keine Alternative, die für Deutsche und Polen anstrebenswert wäre, solange sie sich an den grundlegenden gemeinsamen Werten orientieren. Zu diesen Werten gehören eine liberale Demokratie, der Wertpluralismus, die Bindung an Grundwerte und Grundrechte, Achtung und Respekt gegenüber den Minderheiten unterschiedlicher Art. Hilfreich wäre ein offener und ehrlicher Diskurs darüber, was Gesellschaften akzeptieren müssen und was sie ablehnen, weil es die Grundwerte der europäischen Zivilisation und Grundlagen des Zusammenlebens in Frage stellt. Die reichen Erfahrungen aus den mehr als 25 Jahren der intensiven deutsch-polnischen Zusammenarbeit, Partnerschaft und Freundschaften auf allen Ebenen und in zahlreichen Bereichen belegen: Es lohnt sich, auf einen freundschaftlichen Diskurs über die grundlegenden Gemeinsamkeiten und die Differenzen im Einzelnen zu setzen. Deutschland und Polen sind Schlüsselländer für den Erfolg oder das Scheitern der europäischen Verständigung und Integration.

Deutsches Polen-Institut

Residenzschloss / Marktplatz 15
64283 Darmstadt
Deutschland

Telefon 06151-4202-0
Telefax: 06151-4202-10

E-Mail: kaluza@dpi-da.de